

INHALT

1. CDU-Fraktion fordert schwarze Null beim UKSH
2. Meisterbrief in der Diskussion
3. CDU will Hilfe vor Ort statt Abschiebestopp
4. Mehr Aufklärung für Organspende
5. Inklusiver Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein
6. Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA

20.06.2014

CDU-Fraktion fordert schwarze Null beim UKSH Debatte um Schuldenübernahme



Tobias Koch, MdL

In der heutigen Debatte diskutierten die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über eine mögliche Übernahme der Schulden des Universitätsklinikums Schleswig-Holsteins (UKSH) durch das Land. Die CDU lehnte diese Forderung der FDP ab. Dazu erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, in der Debatte:

„Durch eine Übernahme der gegenwärtig rund 250 Millionen Euro Schulden würde sich für das UKSH nicht viel verändern. Auch im kommenden Jahre würden erneut rote Zahlen geschrieben werden! Deshalb muss das vordringliche politische Handeln darauf ausgerichtet sein, das UKSH aus den roten Zahlen zu führen.“

Dafür hätte die Regierungskoalition von CDU und FDP in ihrer Regierungszeit die bauliche Sanierung des UKSH auf den Weg gebracht, die es jetzt umzusetzen gelte. Ein negatives

Eigenkapital des UKSH dürfe es zukünftig nicht mehr geben. Auch das UKSH selbst bleibe aufgefordert, bei den eigenen Anstrengungen zur Reduzierung des Defizits nicht nachzulassen.

„Wenn das Defizit abgebaut ist, dann ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um die Schulden des UKSH zu übernehmen. Für die Zukunft muss dann aber auch gelten, dass ein erneuter Marsch des UKSH in die Verschuldung nicht wieder stattfinden darf“, so Koch.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2043.pdf>

Meisterbrief in der Diskussion **CDU gegen Abschaffung des Qualitätsnachweises**



Hartmut Hamerich, MdL

Ein klares Nein zur Absenkung von Qualitätsstandards im Handwerk erteilte die CDU-Fraktion heute Bestrebungen, den deutschen Meisterbrief als Berufszugang abzuschaffen. Dazu hatte die Union mit der FDP einen Antrag eingebracht, mit dem sie sich klar gegen eine Forderung der PIRATEN nach Abschaffung der Meisterpflicht stellte. Im Vorfeld der Beratungen hatte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Hartmut Hamerich, bei den Regierungsfractionen um Unterstützung geworben. Ein gemeinsamer Antrag scheiterte jedoch am Widerstand des SSW. Anlass für den Antrag von CDU und FDP sind aktuelle Bestrebungen auf EU-Ebene, die Berufszugangsregelungen zu liberalisieren.

„Weniger Meisterbetriebe bedeuten auch weniger Ausbildungsplätze und damit eine schleichende aber stetige Schwächung der Dualen Ausbildung. Noch schlimmer ist eine Schwächung der Qualität der Ausbildung selbst. Die hohe Ausbildungsbereitschaft der meistergeführten Betriebe im Handwerk ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein großer Beitrag zu unserem Gemeinwesen“, betonte Hamerich in seiner Rede, auch mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in anderen europäischen Ländern.

Sowohl der Antrag von CDU und FDP zum Meisterbrief als auch der Antrag der PIRATEN wurden im Anschluss an die Debatte zur weiteren Beratung in den Ausschuss überwiesen.

Ein zweiter Antrag von CDU und FDP zur Stärkung der Freien Berufen erhielt in einer Sachabstimmung die Zustimmung der Regierungsfractionen und damit die notwendige Landtagsmehrheit. Hamerich warnte mit Blick auf die geplante EU-Reform der Berufszugangsregelungen vor einer Verwässerung, die den administrativen Aufwand erhöhe

und negative Folgen für den Verbraucher mit sich bringe.

Antrag von CDU und FDP zum Meisterbrief:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2001.pdf>

Antrag von CDU und FDP zu den Freien Berufen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2000.pdf>

CDU will Hilfe vor Ort statt Abschiebestopp

Debatte über Piratenantrag auf Abschiebestopp in Balkanländern



Astrid Damerow, MdL

Mit einem Antrag zur heutigen Landtagssitzung forderten die Piraten einen sofortigen Abschiebestopp nach Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Grund dafür seien in diesen Ländern durch die kürzliche Flutkatastrophe freigespülte Landminen. Im Boden werden in diesen Ländern immernoch 120.000 Landminen vermutet.

Die CDU-Fraktion unterstützte in der Debatte einen FDP-Antrag. Dieser fordert ein europäisches und durch internationale Organisationen unterstütztes Hilfsprogramm für die Betroffenen der Hochwassergebiete in den Balkanstaaten. Ziel müsse es sein, dass die betroffenen Gebiete wieder dauerhaft bewohnbar werden und die Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

„Die Flutkatastrophe auf dem Balkan hat ein großes Maß an Leid und Zerstörung verursacht. Wichtig ist nun, dass der Wiederaufbau vor Ort vorangetrieben wird. Nur hierdurch wird die Not der Menschen nachhaltig gelindert. Aus diesem Grund sind Hilfen, die direkt bei den Menschen ankommen, der richtige Weg“, betonte die CDU-Abgeordnete Astrid Damerow.

Pauschale Abschiebestops stellen keine Lösung des Problems vor Ort dar. Vielmehr gehe es darum, aktiv zu helfen.

„Deutschland hat bereits Soforthilfen in Höhe von insgesamt 1 Million Euro zur Verfügung gestellt. Bund und EU sollten nun prüfen, welche weiteren Hilfeleistungen möglich und erforderlich sind“, so Damerow abschließend.

Mehr Aufklärung für Organspende **CDU fordert Maßnahmenkatalog**

„Organspende rettet Leben“ - so lautet die Überschrift eines CDU-Antrages, der heute im Landtag beraten wurde. Eine Reihe von Maßnahmen sollen dazu beitragen, das Vertrauen in die Organspende zu erhöhen. Bei der Organspenderbereitschaft bildete Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr das Schlusslicht.

Die CDU hatte den Antrag zum Tag der Organspende vor zwei Wochen gestellt. Aktuell warten deutschlandweit 11.000 Menschen auf ein Spenderorgan.

Es sei wichtig, dass alle Menschen sich intensiver mit dem Thema Organ- und Gewebespende auseinandersetzen, betonte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karsten Jasper in seiner Rede.

„Ziel unseres Antrages ist es, dass über das Thema Organspende mehr in der Bevölkerung diskutiert wird und sich jeder Mensch zu Lebzeiten mit der Frage einer Organ- und Gewebespende auseinandersetzt. Vorbehalte müssen abgebaut und regelmäßig über die Organspende aufgeklärt werden, auch in der Schule. Denn das Leben ist unbezahlbar und ein hohes Gut. Bei dem, der ein Organ benötigt, geht es letztendlich um alles oder nichts“, so Jasper.

Der Antrag der CDU wurde einstimmig in den Sozialausschuss überwiesen.

Antrag der CDU

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2002.pdf>

Inklusive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein **Ausnahmsweise fraktionsübergreifende Einigkeit im Landtag**



Heike Franzen, MdL

Menschen mit Behinderung haben es auf dem ersten Arbeitsmarkt immer noch schwerer als Menschen ohne Behinderung. Darüber wurde heute im Landtag diskutiert. Die CDU unterstützt die Entwicklung eines landesspezifischen Konzeptes und eine verstärkte Zusammenarbeit aller Beteiligten, wie von der Regierungskoalition in einem Antrag gefordert.

Heike Franzen, Sprecherin der CDU-Fraktion für Menschen mit Behinderungen, betonte in ihrer Rede, dass insbesondere den Arbeitgebern bestehende Vorbehalte für die Beschäftigung

von Menschen mit Behinderungen genommen werden müssen. Dies gelte in gleicher Weise für den Arbeits- als auch für den Ausbildungsmarkt. Auch in letzterem hätten es junge Menschen mit Behinderung - trotz gleicher Eignung - häufig schwerer als ihre Mitbewerber.

Mögliche Maßnahmen, um diese Hürde zu überwinden, könne das „Budget für Arbeit“ finanzieren. Es ermögliche durch einen Nachteilsausgleich dem Arbeitgeber auch Menschen, die nicht so leistungsfähig sind, zu beschäftigen. Dabei sei es sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer wichtig, dass es eine Rückkehrmöglichkeit z.B. in die Werkstätten gebe. Dieses Rückkehrrecht sollte so flexibel wie möglich gestaltet werden können.

„Ich freue mich, dass unser Änderungsantrag zu flexiblen Übergangsmöglichkeiten Eingang in den Koalitionsantrag gefunden hat und es so zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist. Gerade Mitarbeiter aus den Werkstätten brauchen manchmal diese Sicherheit, um sich zu trauen, auch außerhalb der gewohnten Umgebung der Werkstätten, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt anzunehmen“, so Franzen.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1900/drucksache-18-1992.pdf>

Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA Vorteile für Menschen stehen im Vordergrund

In der heutigen Landtagssitzung sprach sich Astrid Damerow, europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion grundsätzlich für das transatlantische Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, aus:

„Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen, und hier vor allem für Waren und Dienstleistungen sollen nicht an den europäischen Außengrenzen enden. Dabei stehen nicht die Forderungen der beteiligten Regierungen im Vordergrund, sondern die objektiven Vorteile für die Menschen und Unternehmen.“ Allerdings müsste europäische Standards sichergestellt werden.

In ihrem Antrag forderten die Abgeordneten der Piraten die vollständige Offenlegung der jeweiligen Verhandlungspositionen und verlangten die Öffentlichkeit der Verhandlungen selbst.

„Das kann man fordern. Wir fordern das nicht. Im Gegenteil: Wir lehnen das ab. Der Vorwurf sogenannter Geheimverhandlungen geht ins Leere und soll lediglich die Verhandlungen diskreditieren“, stellte Damerow klar.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de